

Bedingt abwehrbereit

Von Niklas Záboji

15.8.20 FAZ

Unumkehrbar wolle er den Weg zur Klimaneutralität in den kommenden Monaten machen, kündigte Peter Altmaier (CDU) jüngst an. Dabei täte der Bundeswirtschaftsminister gut daran, erst einmal seinen früheren Worten Taten folgen zu lassen. Denn bei der von ihm maßgeblich mitverantworteten Energiewende hakt es an allen Ecken und Enden. Der im globalen Vergleich sehr hohe Strompreis sollte eigentlich sinken, wird auf absehbare Zeit aber bestenfalls stagnieren.

Wirtschaft und Verbraucher trifft das in der Corona-Krise empfindlicher denn je. Technisch ohnehin noch nicht ausgereift, ist die Hinwendung zu Wärmepumpe und Elektroauto bei 30 Cent je Kilowattstunde aufwärts kaum wirtschaftlich. Selbiges gilt für Verfahren wie die Elektrolyse zur Erzeugung von Wasserstoff oder die Umwandlung von Überschussstrom in Wärme, das sogenannte Power-To-Heat: Sie sind theoretisch längst verfügbar, leiden in der Praxis aber auch unter der hohen Steuer- und Abgabenlast. So fehlen die Speicher und bleiben Innovationen auf der Strecke.

11 Milliarden Euro aus der Steuerkasse will die Bundesregierung nun dafür verwenden, damit die EEG-Abgabe – in der Vergangenheit ein Kostentreiber – wenigstens nicht steigt. Dabei ist die Umlage zur Förderung von Wind und Sonne mit 6,8 Cent schon heute üppig. Die Koalition könnte handeln, wenigstens die Stromsteuer von 2,05 auf 0,1 Cent senken, wie es ein Chor an Fachleuten fordert – und tut es doch nicht.

Und als gäbe es kostenseitig nicht Baustellen genug, steht auch die Versorgungssicherheit mittelfristig auf wackeligeren Füßen, als politische Beteuerungen glauben lassen. Eine Industrienation braucht rund um die Uhr, 365 Tage im Jahr sicheren Strom und durch die Elektrifizierung von Heizsystemen und Verkehr in immer größeren Mengen. Noch sind sechs deutsche Atomkraftwerke am Netz, die mit einer Leistung von 8 Gigawatt rund um die Uhr Strom produzieren können. Das ist fast ein Zehntel der gesicherten Erzeugungskapazität. Doch schon Ende 2022 wird den letzten von ihnen der Stecker gezogen. Der deutsche Atomausstieg ist unumkehrbar, ein Zurück ist nicht zuletzt aus Sicht der Betreiber unmöglich.

Dass sich parallel dazu der Kohleausstieg vollzieht, macht die Sache nicht leichter. Die heute installierte Leistung von 40 Gigawatt an Stein- und Braunkohle schrumpft schon bis Ende 2022 um ein Viertel. Nach wie vor sind bei der Versorgungssicherheit nur sehr geringe Ausfälle zu verzeichnen, schrieben die Altmaier-Berater aus der Monitoring-Kommission unlängst. Die Defizite beim Ausbau

der Stromnetze nannten sie aber „erheblich“ – und die Behebung kritischer Situationen durch das Engpassmanagement von Netzentur und Netzbetreibern „kostenintensiv“.

Keine Frage: Im Ländervergleich ist die hiesige Versorgungssicherheit nach wie vor hoch. Stromausfälle sind selten und dauern in Frankreich oder gar Amerika um ein Vielfaches länger. Zudem stehen unweit der deutschen Grenze große Kraftwerke, die vorerst nicht vom Netz gehen.

Das beruhigt aber nur bedingt. Denn wo Strom knapp ist, schießt der Preis durch die Decke. Zudem ist die Kapazität der Grenzkuppelstellen li-

Bei der deutschen
Energiewende
hakt es an allen
Ecken und Enden.

mitiert. Die mangelnde Errichtung neuer Leitungen droht somit zum Flaschenhals der Energiewende zu werden. Sie sind nötig, weil der meiste Wind nicht dort weht, wo Großverbraucher sitzen, also statt im Westen und Süden hoch oben im Norden. Doch den gesteckten Zielen hinkt der Netzausbau hinterher. Knapp 7700 Kilometer sind geplant, die großen Trassen sollten zum Atomausstieg stehen. Aber keine 1400 Kilometer sind gebaut. Mittlerweile rechnen die Netzbetreiber frühestens 2025 mit der Inbetriebnahme der Hauptschlagadern Südlink, Südostlink und Ultramet.

Pläne für Ökostromquoten von 65 Prozent und mehr werden dadurch durchkreuzt. Schon die momentanen 50 Prozent stressen das Netz; fehlen die Leitungen, ist ein forciertes Erneuerbaren-Ausbau unter Aufrechterhaltung der Netzfrequenz nicht möglich. Und umgekehrt bleibt nur ein grundlastfähiger Energieträger übrig in einem Land, das sich von Kohle und Atom verabschiedet und dem die Voraussetzungen für Wasserkraftwerke wie in Norwegen fehlen: Gas.

Gaskraftwerke lassen sich flexibel hochfahren, wenn der Himmel bedeckt ist und der Wind nicht weht, selbst mit einem immer höheren Bioanteil betreiben und sind schon heute im Umfang von 30 Gigawatt installiert. Lange kamen sie nicht an gegen die billige Kohle. Doch der europäische Emissionshandel und ein größeres Angebot haben das geändert. Auch das privatwirtschaftlich vorangetriebene Bauvorhaben Nord Stream 2 gereicht Deutschland in puncto Versorgungssicherheit nur zum Vorteil. Die Energiewende bleibt ein politisches Projekt, gelingen kann sie aber nur, wenn auch die freien Kräfte des Marktes ihren Platz darin finden.